

Neueste Nachrichten.

Neben die Verhandlungen des deutschen Finanzministers in Paris bezüglich der Reparationsfrage sind bis heute noch keinerlei zuverlässige Meldungen eingelaufen. Französische Berichte, daß die deutschen Vorschläge als unannehmbar betrachtet werden, werden von deutscher Seite als unrichtig bezeichnet.

Die Konferenz von Genua geht ihrem Ende entgegen. Der deutsche Reichskanzler und Außenminister werden Ende der Woche abreisen, und am Dienstag den Führern der Parteien über das Ergebnis Bericht erstatten.

Als Schlussergebnis der Genuaer Konferenz kann die Anberaumung der Sachverständigenkonferenz in Haag auf Ende Juni betrachtet werden. Auf dieser Konferenz sollen die Fragen der russischen Schulden, der Behandlung des ausländischen Privatvermögens in Rußland und der etwaigen Kredite an Rußland behandelt werden. Während der Zeit der Konferenz und noch vier Monate nachher darf keiner der teilnehmenden Staaten aggressive Handlungen gegen die Russen und deren Verbündete, also die anderen Sowjetrepubliken im Südwesten und Süden Rußlands unternehmen. Die Russen haben zwar noch Vorbehalte gemacht, besonders wünschen sie gewisse Sicherheiten gegen die westlichen Mächte, von deren Seite sie kriegerische Absichten befürchten, aber sie werden eben doch aus wirtschaftlichen Gründen mit den Alliierten verhandeln müssen.

Die Amerikaner scheinen zur Zeit nach den Erklärungen des amerikanischen Finanzministers kein großes Interesse an der Teilnahme am Aufbau Rußlands zu haben. Vielleicht sind diese Erklärungen aber auch nur dazu bestimmt, die Russen für die Wünsche Amerikas bezüglich seiner Sicherheitsforderungen gefügiger zu machen.

Die Konferenz von Genua.

Die Beschlüsse der Alliierten und Neutralen über die Bedingungen für die Sachverständigenkonferenz.

Genua, 18. Mai. (Amtlich.) In der gestrigen Sitzung der Unterkommission der ersten Kommission, an der die Delegierten Italiens, Großbritanniens, Japans, Polens, Rumäniens, Rußlands, Schwedens und der Schweiz teilnahmen, wurden folgende Beschlüsse gefaßt: 1. Es soll eine Kommission ernannt werden, um nochmals die Differenzen zu prüfen, die zwischen der russischen Sowjetregierung und den anderen Regierungen bestehen, und um mit einer russischen Kommission, die dasselbe Mandat hat, zusammenzuwirken. 7. Spätestens am 20. Juni werden die Namen der in der nichtrussischen Kommission vertretenen Mächte und die Namen der Mitglieder dieser Kommission der Sowjetregierung und umgekehrt die Namen der Mitglieder der russischen Kommission den anderen Regierungen mitgeteilt werden. 3. Die von diesen Kommissionen zu behandelnden Fragen werden alle vorhandenen Fragen bezüglich der Schulden, des Privatvermögens und der Kredite umfassen. 4. Die Mitglieder der beiden Kommissionen sollen am 26. Juli 1922 in Haag anwesend sein. 5. Die beiden Kommissionen werden sich bemühen, gemeinsame Empfehlungen bezüglich der in dem Beschluß zu 3 bezeichneten Fragen zu erreichen. 6. Um zu ermöglichen, daß die Arbeiten der Kommissionen in aller Ruhe vorstatten gehen, und um das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen, wird zwischen der russischen Sowjetregierung und den gegenwärtig mit der russischen Sowjetregierung verbündeten Regierungen einerseits und den anderen teilnehmenden Regierungen andererseits ein Abkommen geschlossen werden, wonach sie sich aller aggressiven Handlungen gegen das gegenseitige Gebiet und jeder umfänglichen Propaganda zu enthalten haben. Die Verpflichtung, von allen aggressiven Handlungen Abstand zu nehmen, wird gegründet sein auf die Beobachtung des gegenwärtigen Status quo und wird in Kraft bleiben während einer Periode von 4 Monaten nach Abschluß der Arbeiten der Kommissionen. Die Verpflichtung bezüglich der Propaganda wird die Regierungen dazu verbinden, sich in keiner Form in die inneren Angelegenheiten der anderen Staaten einzumischen, wie politischen Organisationen in anderen Ländern weder finanziell noch mit anderen Mitteln zu unterstützen, sowie im eigenen Gebiet Versuche zu unterdrücken, die darauf gerichtet sind, gewalttätige Handlungen in den anderen Staaten hervorzurufen, oder solche Handlungen, die bezwecken, den territorialen und politischen Status quo zu stören.

Die Aussprache zwischen den Alliierten und den Russen.

Genua, 17. Mai. (Spezialbericht des WTB.) In der heutigen Vormittagsitzung der Unterkommission der ersten Kommission teilte Tschitscherin die russische Antwort auf die Vorschläge der Un-

terkommission mit. Er beschwerte sich darüber, daß die Russen von den Beratungen der Unterkommission ausgeschlossen gewesen seien und daß die russischen Vorschläge auf Einberufung einer Sachverständigenkommission nicht in der vorgeschlagenen Form angenommen worden sei. Gleichwohl werde Rußland sich an der Konferenz beteiligen. Nachdem Tschitscherin noch gegen den Ausschluß Deutschlands aus der Reihe der an der Konferenz teilnehmenden Staaten protestiert hatte, schlug er als Sitz der Sachverständigenkommission Stockholm oder Riga vor, doch würde Rußland auch mit London oder Rom einverstanden sein. Sollte es sich zeigen, daß nicht alle Mächte bei der Regulierung ihrer Beziehungen zu Rußland dieselbe Freiheit genießen werden wie vor der Genuaer Konferenz, so würde Rußland die Frage seiner Teilnahme an der geplanten Kommission erneut aufwerfen. Artikel 6 des Burgfriedenspactes müsse auf alle mit Rußland alliierten Republiken ausgedehnt werden. Da Rußland in den letzten Jahren nicht nur von regulären Armeen, sondern auch von Banden angegriffen worden sei, so müsse § 6 einen entsprechenden Zusatz erhalten. In Finnland und Polen müßten die Grenzwarden, Arbeiterbataillone usw. aufgelöst, aus Rumänien und Bessarabien alle Truppen Wrangels und Belsjuras entfernt werden. Weiterhin sollten Kontrollzonen gebildet werden. — In seiner Erwiderung bezeichnete Lloyd George es als absolut richtig, daß die Deutschen von der Diskussion der Kredite ausgeschlossen würden. Bevor man zu den Krediten komme, müßten erst die schwierigen Fragen der Privatgüter und der Schulden erledigt werden. Deutschlands Beitrag zu den Krediten könne auf alle Fälle nicht sehr bedeutend sein. (8) Andererseits würde Deutschland, wenn es anwesend wäre, über Fragen mitberaten, bezüglich deren es schon zu einem Abkommen mit Rußland gelangt sei. Wenn ein Abkommen verwirklicht sei und den Regierungen die Empfehlungen gemacht worden seien, würde es eine Torheit sein, Deutschland die Mitarbeit am Wiederaufbau Rußlands zu versagen. Wenn neun Zehntel der auf der Konferenz vertretenen Länder für Haag als Beratungsort seien, dann müsse diese Ansicht das Übergewicht haben. Das russische System und das in den anderen Ländern der Welt herrschende seien sich nicht vereinigen, aber sie näherten sich einander. Nominell sei das Land in Rußland nationalisiert, tatsächlich sei es Eigentum der Landleute. Man werde schließlich in Rußland zu einem ähnlichen System kommen, wie es der französische Revolution gefolgt sei. Gegen die getrennten Kommissionen könne kein Einwand erhoben werden, denn tatsächlich würden sich ja die Russen mit ihren 8 unabhängigen Republiken noch gesondert untereinander versammeln. Weiter sagte Lloyd George: Als wir eine Intervention in Rußland ermutigten, haben wir es offen getan. Wir haben später gesagt, wir würden dies nicht mehr tun und haben unser Wort gehalten. Mit der letzten Expedition Wrangels haben wir nichts zu tun. Die gegenwärtigen Streitkräfte Wrangels stellen eine größere Gefahr für das Land dar, in dem sie sich befinden, als für Rußland selbst. Ich hoffe, daß wir uns nach Abschluß des Burgfriedenspactes mit den Angelegenheiten unserer eigenen Länder befassen werden. — Schanze hat hierauf die russische Delegation noch einmal zu prüfen, ob sie nicht auf ihre Änderungsanträge verzichten könne, um nicht durch ausgedehnte Diskussionen das erzielte Übereinkommen zu gefährden. Tschitscherin bestand trotzdem auf einigen leichten Änderungen, besonders bezüglich des Burgfriedenspactes, der irregulären Banden und des Sitzes der Sachverständigenkommission. Skirmunt erklärte, Polen sei bereit, den Burgfriedenspakt zu unterzeichnen. Inzwischen würden durch die Unterzeichnung keine Änderungen an den Abmachungen von Riga eintreten dürfen. Hierauf wurde die Sitzung auf heute nachmittags 4.30 Uhr vertagt.

Russische Befürchtungen weg. neuer von der Entente begünstigter gegenrevolutionärer Vorbereitungen.

Genua, 18. Mai. (Spezialbericht des WTB.) In der gestrigen Vormittagsitzung der Unterkommission der ersten Kommission erklärte Tschitscherin, er lege dem Sekretariat der Konferenz eine Anzahl Dokumente nieder, die den Beweis erbrächten für die kriegerischen Vorbereitungen der vormals Wrangelschen Truppen in Südosteuropa. Aus diesen Dokumenten soll nach der russischen Behauptung hervorgehen, daß Wrangel damit in Übereinstimmung mit der französischen Regierung handle. Brattianu und Skirmunt gaben Erklärungen ab, in denen sie energischen Einspruch gegen die Behauptungen erhoben.

Zufikmung der Russen zu der Sachverständigenkonferenz.

Genua, 17. Mai. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas in Genua erzählt aus russischer Quelle, daß die Sowjetregierung die gestrige Note annehmen werde. Sie wolle Stockholm, oder, wenn dem nicht zugestimmt werde, Wien als Sitz der zukünftigen Sachverständigenkommission vorschlagen.

Genua, 17. Mai. Tschitscherin stimmte zu, daß die Konferenz

in Haag stattfinden, nachdem der Vertreter Hollands die Zustimmung gegeben hatte, daß die niederländische Regierung den Sowjetvertretern alle Rechte und Erleichterungen wie den Vertretern anderer Mächte gewähren werde. Vor der Sitzung hatte Schanze Barthou und Jaspas Mitteilungen über den Verlauf der Vormittagsitzung gemacht, auf der Frankreich und Belgien nicht vertreten waren.

Die übliche französische Erpressungstaktik.

Genua, 17. Mai. (Vom Sonderberichterstatter der Agence Havas.) Barthou hat sich im Laufe des Tages mit Lloyd George besprochen. Es ist wahrscheinlich, daß der Führer der französischen Abordnung die Aufmerksamkeit des Führers der englischen Delegation auf die Tatsache gelenkt hat, daß, falls die am Sonntag von den einladenden Mächten gefaßte Entschlie-ßung infolge der Einmischung (1) der Russen abgeändert werden sollte, die französische Abordnung nicht mehr die Verpflichtung eingehen könne, der französischen Regierung die Annahme dieser Entschlie-ßung zu empfehlen.

Amerikanischer Pessimismus bezüglich der russischen Wirtschaftskraft.

London, 17. Mai. Die „Times“ berichten aus Washington über eine sehr wichtige Rede, die Handelssekretär Hoover auf der Jahresversammlung der amerikanischen Handelskammern gehalten hat. Hoover sagte u. a., das russische Volk sterbe an der Zerkünderung der Produktivität. Die Behauptungen, Rußland biete ein großes Feld für den Verkauf von amerikanischen Waren und für den Erwerb von Millionen amerikanischer Arbeiter, rände im Werte genau so tief, wie der bolschewistische Rubel. Vor dem Kriege habe Rußland nur 1 Prozent der amerikanischen Ausfuhr angenommen, was, zurückgeführt auf die Arbeitskraft der amerikanischen Arbeiter, einen Erwerb für rund 30 000 amerikanische Arbeiter bedeute. Wenn Amerika die finanzielle Unterstützung auf einer anderen als der Wohlstandsgrundlage erwägen wolle, so müsse es das gesamte Problem von einem praktischen Standpunkt ansehen. Zwei Tatsachen kämen hierbei in Betracht: 1) daß Rußland bankrott sei. Rußland habe keine Produktivität. Es könne für lange Zeit nichts im Austausch bieten. 2) Wenn das amerikanische Volk aufgefordert werden würde, seine Ersparnisse für den Wiederaufbau der Produktivität Rußlands anzulegen, so werde es Sicherheiten für die Rückzahlung und Gewähr fordern, daß dafür eine Rückkehr zur Produktivität stattfindet. Die Schwierigkeit sei, daß unter dem augenblicklich etwas abgeänderten System in Rußland sowohl Sicherheit als auch Aussicht auf Produktivität nicht möglich sei. Dies müsse jetzt klar gestellt werden für den amerikanischen Kapitalanleger, dessen Ersparnisse in Gefahr seien, und für den amerikanischen Kaufmann, um dessen Waren es sich handele. Die gesamte Welt sei jetzt unbedingt innerlich gegenseitig abhängig. — Die Amerikaner wollten wahrscheinlich soviel wie möglich reale Sicherheiten, d. h. Bergwerksberechtigungen, vielleicht auch Land in Ostrußland, das man als strategisches Gelände benützen würde, herauschlagen, deshalb verhält man sich so reserviert.

Bevorstehende Abreise des deutschen Reichskanzlers aus Genua.

Berlin, 18. Mai. Wie mehrere Blätter mitteilen, wird Reichskanzler Dr. Wirth entgegen seiner ursprünglichen Absicht, auf der Rückreise nach Berlin in München keinen Aufenthalt nehmen. Dem dringenden Wunsch der in Berlin weilenden Kabinettsmitglieder und Parteiführer entsprechend, wird sich der Reichskanzler direkt nach Berlin begeben. Am Dienstag wird er dem Kabinett und einer Versammlung der Parteiführer über den Verlauf und das Ergebnis der Genuaer Konferenz Bericht erstatten.

München, 17. Mai. Die Vertreter Bayerns in der deutschen Delegation bei der Genuaer Konferenz, Staatsrat v. Meindl und sein Begleiter, Regierungsrat Dr. Brettauer, sind heute in München angekommen und haben dem Ministerpräsidenten über den Verlauf der Konferenz Bericht erstattet.

Zur auswärtigen Lage.

Die Reparationsverhandlungen in Paris.

Paris, 17. Mai. Das „Journal des Debats“ glaubt zu wissen, daß entgegen der allgemeinen Voraussetzung die von dem deutschen Reichsfinanzminister Dr. Hermes der Reparationskommission unterbreiteten Vorschläge für nicht befriedigend befunden werden. Der von deutschen Blättern an den Tag gelegte Optimismus scheint also übertrieben, denn wenn Dr. Hermes bei seiner Haltung beharrte, würde es schwierig sein, die Ver-

19. Mai,
Uhr ab
g in Calw
Löwen“

rer, hoch-



übe,
chtübe

aber zu Kauf
laden

g Löwengart.

ma amerik.

izenmehl

ie Vorrat gibt ab
und Mark 8.—

ul Buchhardt.

hydrokantung

3, wenig getragen

ausen.

wenn, sagt die Ge-

lle dieses Blattes.

gebrauchte eiserne

artenmöbel

uen gesucht.

ote an

ension Weinstube

Adam, Hirsau.

Bruteier ab

gelbe Stallener,

erje Rheinländer,

bedingungen.

10 Stück 1 Tag alte

Sehking-Enten.

Maß, Liebenzell.

5 Enten

Du. 21 Brut

Donnerstag abends

6 Uhr

Schlette, Hirsau.

pausfall!

en beseitigt das herr-

ende Arnikablütenöl

. Jedes Haar wird

. Zu haben in der

itterdrogerie.

ankuch & Co.

med-Beef!

Dose

nglische Pfund)

165.—

in Aufschnitt

8.00

ankuch & Co.

G. m. b. H.

Handlungen fortzusetzen. — Der Pariser Korrespondent des WTB. kann mitteilen, daß diese Nachricht falsch ist.

Paris, 18. Mai. (Havas.) Dr. Her mes unterbreitete den Delegierten der Reparationskommission eine Reihe von Vorschlägen, welche insbesondere die Kontrolle der deutschen Finanzen und das Programm der neuen Steuern betreffen. In offiziellen Kreisen bewahrt man strengstes Stillschweigen über die Einzelheiten des deutschen Entwurfs. Die Antwort wird erst in einigen Tagen bekannt gegeben werden.

Englische Angaben über die Anleihevorschläge der amerikanischen Finanzleute.

London, 17. Mai. Der politische Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt, Morgan, der selbst von Newyork nach Europa unterwegs sei, komme mit endgültigen Vorschlägen, die bei der Reparationsfrage von großem Nutzen seien und dazu beitragen würden, daß die Hauptursache der Reibungen zwischen England und Frankreich beseitigt würde. Zunächst müsse eine Vereinbarung zwischen den Alliierten zustandekommen, um den augenblicklichen Reparationsbetrag auf eine vernünftige Summe herabzusetzen. 2,5 Milliarden Pfund Sterling würden als die gegebene Summe angesehen, wobei noch in Anschlag gebracht werden müsse, was Deutschland bereits bezahlt habe, was unter Ausschluß des abgetretenen Staatseigentums Sir Robert Horne auf 200 Millionen Pfund Sterling veranschlagt habe. Auf dieser Grundlage dürfte Deutschland, wie angenommen wird, in der Lage sein, den Zinsen- und Amortisationsbetrag für seine Schulden aufzubringen.

Deutsche Sachlieferungen für den Wiederaufbau in Frankreich zugelassen.

Paris, 17. Mai. Das Ministerium für die besetzten Gebiete teilt mit, daß, obwohl das Wiesbadener und das ergänzende Berliner Abkommen noch nicht vom Parlament ratifiziert worden seien, die französischen Geschädigten schon jetzt deutsche Sachlieferungen beziehen könnten. Die Interessenten müssen um die Eröffnung eines Kredits für Wiederherstellungslieferungen nachsuchen und sich verpflichten, die bezogenen Waren zur Mobiliarwiederherstellung zu benutzen. Den deutschen Lieferanten wählen sie selbst und verhandeln mit ihm über die Abfuhrbedingungen. Hierbei wird insbesondere der Preis der Waren frei Grenzbahnhof in Franken ausgemacht. Die Bestellung muß mindestens 40 000 Franken betragen.

Übernahme des Schutzes der Minderheiten im geteilten Oberschlesien durch den Völkerbund.

Genf, 16. Mai. Das gestern unterzeichnete deutsch-polnische Abkommen war heute Gegenstand einer öffentlichen Sitzung des Völkerbunds. Zunächst ernannte der Rat auf Grund des Beschlusses der Völkervertragungskonferenz die Präsidenten der durch den deutsch-polnischen Vertrag endgültig ins Leben gerufenen internationalen Organisationen und zwar entsprechend dem Vorschlag der beiden Völkermächte, Calonder zum Vorsitzenden der internationalen gemischten Kommission und Professor Kalenbeck zum Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses. Calonder, dessen Ernennung auf seinen Wunsch nur für ein Jahr erfolgt, dankte in einer längeren Rede und überreichte dem Völkerbundsrat, der ihn seiner Zeit mit der Leitung der Verhandlungen betraut hatte, ein unterzeichnetes Exemplar des Vertrags. Im Namen des Rats sprach Präsident Quinones de Leon Calonder den Dank für seine Amtsführung aus. Hierauf nahm der Völkerbundsrat folgende Resolution einstimmig an: Der Völkerbundsrat beschließt, daß die den Minderheits-Schutz betreffenden Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien mit Beginn ihres Inkrafttretens, wie es der Vertrag vorsieht, der Garantie des Völkerbunds unterstellt werden, vorbehaltlich ihrer Prüfung in der nächsten Tagung des Rats. — Wie der Schutz der Deutschen ausfallen wird, darüber haben wir ja schon genügend Beispiele in Oberschlesien und den abgetretenen deutschen Provinzen.

Die Entente verlangt Abänderung der „strategischen“ Bahnlagen in Rheinland.

Paris, 17. Mai. Die Völkervertragungskonferenz hat heute vormittag beschlossen, eine Mitteilung an die deutsche Regierung zu richten, in der die Einstellung der Arbeiten an gewissen Schienenwegen von strategischer Bedeutung im Rheinland und die Befestigung oder Abänderung gewisser strategischer Eisenbahnlagen vor Ablauf der Besetzungsperiode verlangt werden soll.

Russische Geschäfte mit Deutschland.

Moskau, 16. Mai. Die aus Berlin nach Moskau zurückgekehrten Handelsbevollmächtigten des Moskauer Sowjets berichten über ihre Berliner Tätigkeit folgendes: In ihren Verhandlungen mit deutschen Repräsentanten über die Lieferung von landwirtschaftlichen Maschinen für das Gouvernement Moskau stellten sie die Gewährung eines langjährigen Kredits als Vorbedingung. Die deutschen Fabrikanten sollen diesen Kredit zugesagt haben. Der endgültige Vertrag muß noch vom Moskauer Sowjet bestätigt werden. Während sie noch mit den Deutschen verhandelten, traten die Vertreter französischer Syndikate an die Russen heran und erbaten sich ebenfalls, landwirtschaftliche Maschinen auf Kredit zu liefern. Als Ergebnis der Verhandlungen stellten sie die Fortführung der Verhandlungen von Paris aus in Aussicht. Die Vertreter der französischen Fabrikanten erklärten, sie würden einen Druck auf die Regierung ausüben, daß diese die Verbindungen mit Rußland wieder aufnehme.

Amerika macht die Greuelpropaganda der Entente gegen die Türkei nicht mit.

London, 17. Mai. Nach einer Neutermeldung aus Washington hat das Weiße Haus bekannt gegeben, daß die Ver. Staaten nicht geneigt seien, Großbritanniens Einladung anzunehmen, sich in der Kommission zur Untersuchung der behaupteten Greuelthaten der Türken gegen die christlichen Minderheiten in Kleinasien vertreten zu lassen. — Es handelt sich natürlich auch nur um eine Greuelpropaganda zu Zwecken der Verschleierung der Raubpolitik der Entente im Orient.

Amtliche Bekanntmachung.

Maul- und Klauenfische.

Die Seuche in Neubulach ist erloschen. Die Sperrmaßregeln werden aufgehoben. Erloschen ist sie ferner in Bichenbromm, Bezirksamt Pforzheim.

Beseitigt ist noch die Gemeinde Hornberg.

Calw, den 15. Mai 1922.

Oberamt: Bögel, Amtmann.

Bevorstehende Verhandlungen über die Kriegsschulden der Entente an Amerika.

Paris, 18. Mai. (Havas.) In Beantwortung der Note über die Bildung eines Ausschusses für die Prüfung der Kriegsschulden hat die französische Regierung die amerikanische davon verständigt, daß sie geneigt sei, eine Mission nach den Vereinigten Staaten zu entsenden.

Reichstag.

2. Lesung des Postetats.

Berlin, 16. Mai. In der heutigen Sitzung des Reichstags wurde eine kommunistische Anfrage, ob die Blättermeldung, daß auf dem Lloyd-Dampfer „Minden“ 60 000 Tonnen Zeitungsdrukpapier verladen worden seien und was die Regierung zu tun gedenke, um diesem spekulativen Ausverkauf ein Ende zu machen, regierungsseitig dahin beantwortet, daß die Untersuchung der Angelegenheit noch nicht beendet sei. Darauf wurde die zweite Lesung des Postetats fortgesetzt. Abg. Leicht (W. B. P.) wünschte, daß die volle Sonntagsruhe bei der Post im ganzen Reich zur Durchführung komme, wie dies in Bayern der Fall sei. Er warnte vor russischen Postgebühren und wandte sich gegen die Praxis der Verwaltung, sich auch Nichtleistungen bezahlen zu lassen. — Reichspostminister Giesberts meinte, daß gegen die allgemeine Sonntagsruhe von der ländlichen Bevölkerung die schwerste Opposition zu erwarten sei und sagte, daß die Frage des Wegfalls der Nebengebühren geprüft werde. — Abg. Bruhn (D. N. B. P.) erklärte, auch seine Partei trete stets für die Unterbeamten ein, deren Beförderung zu Schalterbeamten aber im Interesse des Publikums unmöglich sei. Das flache Land könne auf die Sonntagsbestellung nicht verzichten. Die Gesprächszählung am Fernsprecher sei zu vervollständigen und der automatische Betrieb überall durchzuführen. — Staatssekretär Zeule betonte, daß nach einer entsprechenden Uebergangszeit die bisherigen Unterbeamten auch im Schalterdienst zur Zufriedenheit arbeiten würden. — Abg. Seppel (Soz.) klagte über die Schlechterstellung der Betriebsassistenten und Postkassierer in der neuen Besetzungs-Ordnung und bemängelte die zu große Zahl der Aufsichtsbeamten. — Staatssekretär Redow erklärte, daß das automatische Fernsprechwesen in der besten Entwicklung sei. Die Streichungsgebühr für zurückgezogene Ferngespräche könne nicht entbehrt werden. — Abg. Hoffmann (U. S. P.) appellierte an den Minister, der selbst aus dem Arbeiterstande hervorgegangen sei, die berechtigten Klagen der unteren und mittleren Beamten zu erfüllen. — Nachdem Minister Giesberts zugefagt hatte, hinsichtlich der Regelung der Zustellungsgebühren der Verordnungen der Presse entgegenzukommen, wurde der unabhängige Antrag auf monatliche Berechnung der Zustellungsgebühren abgelehnt, der unabhängige Antrag auf Entfernung der Kaiserbilder und Hofjetschichten aus dem Postbetrieb dagegen angenommen. Im Laufe der Einzelberatung erklärte sich der Minister bereit, Beamtinnen, die aus Anlaß ihrer Beschäftigung auf ihre Stellung verzichten wollen, eine Abfindung zu zahlen. Nach weiterer unwesentlicher Debatte wurde der Postetat bewilligt, ebenso der Etat der Reichsdruckerei. Das Haus begann nach die 2. Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums, vertagte diese aber nach dem Referat des Berichterstatters auf morgen vormittag 11 Uhr.

Deutschland.

Protest gegen die rechtswidrige Besetzung der Ruhrorte.

Berlin, 17. Mai. Reichstagsabgeordnete der rheinischen Wahlkreise Düsseldorf-Ost und West sandten ein Telegramm über die Frage der Aufhebung der Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort an die Genuefer Konferenz. Diese Städte seien ohne Rechtsgrundlage und im Widerspruch zu dem Versailler Vertrag, dem Rheinlandabkommen und dem Völkerrecht durch französische und belgische Truppen besetzt worden. Nach dem alle diplomatischen Vorstellungen vergeblich waren, ersuchten die Abgeordneten der betroffenen Wahlkreise die Genuefer Konferenz und alle friedliebenden Völker, für die sofortige Aufhebung der rechtswidrigen Besetzung der drei rheinischen Städte einzutreten. Außer der U. S. P. (1) stimmten alle anderen einmütig für die Kundgebung.

Besprechungen über die Zuckernot.

Berlin, 17. Mai. In der morgigen Besprechung im Reichsernährungsministerium werden, den Blättern zufolge, die Erörterungen über die Zuckernot einen breiten Raum einnehmen. Von den Vertretern der Genossenschaften, des Handels usw. werden dem Reichsernährungsminister Angaben über die Verhältnisse auf dem Zuckermarkt gemacht werden. Nach den amtlichen Feststellungen ist die Zuckernote von 1921 nur 20 Prozent größer gewesen, als im vorausgegangenem Wirtschaftsjahr und in ihrer Gesamtheit für das Inland verblieben. Die Zuckernot hatte bekannt gegeben, daß vom Oktober 1921 bis zum Februar 1922 nur ein Viertel der Produktion freigegeben und verkauft worden sei. Die Vertreter des Handels verlangen nun eine Aufklärung, wo die restlichen drei Viertel der Produktion geblieben sind. Ferner wird der Minister um sofortige Maßnahmen zur Behebung der Zuckernot für die Haushaltungen und die Industrien mit Ausnahme der Schokoladen- und Likörfabrikation ersucht werden.

Zum süddeutschen Metallarbeiterstreik.

Berlin, 18. Mai. Wie die Blätter zu dem Konflikt in der süddeutschen Metallindustrie melden, wurden die Kündigungen in allen Betrieben in Frankfurt a. M., Offenbach, Darmstadt,

Hanau, Oberursel und Homburg durchgeführt. Da die meisten Betriebe die sechstägige Kündigungsfrist haben, wird, wenn die Verhandlungen in München zwischen den süddeutschen Metallindustriellen-Vereinigungen und den Gewerkschaften zu keiner Einigung führen sollten, die Aussperrung vom nächsten Montag ab in Kraft treten.

Bermischtes.

Der Wert des Salvarsans.

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Wir haben schon früher auf die glänzende Heilwirkung des Salvarsans bei der Frambösie, einer fürchterlichen, die Glieder zerfressenden Krankheit, berichtet. Neuerdings wird uns darüber gemeldet: Prof. Hata in Tokio, der einst mit Paul Ehrlich die entscheidenden Versuche für die Auffindung des Salvarsans machte, hat an die Witwe von Paul Ehrlich einen Brief gerichtet, der über neue Heilwirkungen des berühmten Mittels berichtet. Auf Java, wo der „Kongress für Tropenmedizin“ in Batavia tagte, grassiert die Frambösie, die sogenannte Erdbeerpeste, die einige Wehnsichtigkeit mit der Syphilis hat, bei der aber alle Syphilismittel früher versagten. Nun kämpfen, wie Hata in dem von der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ veröffentlichten Briefe schreibt, die Ärzte der Regierung auf Java gegen die Krankheit mit Salvarsan, und dieses beseitigt das Leiden sofort. In einem Dorf, das der Kongress besuchte, sammelten sich viele Hunderte von Leidenden und Geheilten, um Dr. Hata zu empfangen und ihren Dank auszusprechen. Nach Besichtigung der Kranken sangen erst der Dorfschule und dann die schon geheilten Schulmädchen Danklieder. Meistens verschwanden die Krankheitsercheinungen in vier Tagen. Ehrlichs japanischer Schüler schrieb dessen Witwe: „Mein erster Gedanke war, wenn Ehrlich doch diese Szene persönlich noch sehen oder wenigstens davon hören könnte.“

Aus Stadt und Land.

Calw, den 18. Mai 1922.

Württ. Volksbühne.

Morgen abend 8 Uhr wird als erste Vorstellung des auf zwei Tage berechneten Gastspiels der Württ. Volksbühne „Der Kaufmann von Venedig“ Lustspiel von Shakespears gegeben. Das Stück wurde von Direktor Ernst Martin inszeniert; die zu dem Stück neu angefertigten Dekorationen wurden nach Entwürfen des künstlerischen Beirats Joh. M. Wischnowsky in den Werkstätten der Volksbühne angefertigt. Die Kostüme stammen aus dem Fundus des Württ. Landestheaters; die Bühnenmusik wurde von Herrn Friedrich Elmer verfertigt. Das künstlerische Personal wurde für dieses personreiche Stück erweitert. Für die Rolle der Porzia wurde das ehemalige Mitglied des Württ. Landestheaters Fräulein Ebba Johannsen als Gast verpflichtet. In großen Rollen sind außerdem beschäftigt die Herren Kandner, Josef Wagner, Heiderich, Gilsinger, Paul Wagner, Weiß und Martinelli sowie die Damen Rabisch und Rode. — Ende der Vorstellung gegen 10 Uhr.

Fremdenverkehr im Sommer 1922.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das württ. Ernährungsministerium hat in einer Verfügung vom 16. Mai ds. Jz. Hotels, Gasthäuser, Gastwirtschaften, Fremdenheime, Konditoreien u. dergl., die vorwiegend den Zwecken des Fremdenverkehrs dienen, verpflichtet, in der Zeit vom 20. Mai bis 20. September 1922 in ihren Betrieben aus dem Ausland stammende Lebensmittel zu verwenden. Die Verfügung bezieht sich nicht nur auf den Fremdenverkehr, sondern auch auf den sonstigen Reiseverkehr. Dagegen werden nur solche Gaststätten von der Verfügung getroffen, die von den Oberämtern ausdrücklich bezeichnet werden. In Betracht kommen hierbei Gaststätten, die auf den Besuch besonders zahlungskräftiger Personen aus dem In- und Ausland eingestellt sind. Gaststätten dieser Art, die mit Inlandslebensmitteln schon eingebett sind, können angehalten werden, diese gegen entsprechende Entschädigung für gemeinnützige Zwecke abzugeben. Der Kur- und Reiseverkehr der weniger zahlungskräftigen, also insbesondere der einheimischen Bevölkerung, sowie der Touristenverkehr werden durch die Verfügung nicht betroffen.

Alldeutscher Verband.

Am Dienstag sprach hier auf Veranlassung der Ortsgruppe des Alldeutschen Verbandes Herr Rudolf Zeidler, ein Vorkämpfer für das Deutschtum in Oesterreich, über: „Aufstieg trotz Tod und Teufel“. Seine temperamentvollen Ausführungen waren getragen von einem unerschütterlichen Vertrauen zu den in allen Schichten unseres Volkes vorhandenen tiefen geistigen und sittlichen Kräften, die uns trotz der vielen schlimmen Erscheinungen der Gegenwart einen Wiederaufstieg verbürgen, besonders wenn man die im Vergleich dazu minderwertigen inneren Kräfte des absterbenden Frankreichs dagegen hält. Von den schweren Schäden, die uns der Kriegsausgang gebracht hat, wurde neben dem Verlust des einzig dastehenden Offizierskorps und der Einbuße an sozialer Stofkraft namentlich in überzeugendem geschichtlichen Rückblick des Verlustes des Hohenzollernhauses gedacht, das Preußen in Burggraf Friedrich, dem großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrich II. und Wilhelm I. eine ganze Reihe von Fürsten geschenkt hat, die ihrer Zeit an sozialem Empfinden und Handeln unendlich überlegen waren. Die zahlreich besuchte Versammlung dankte dem Redner durch lebhaften Beifall.

Die Heimkehr des letzten württ. Kriegsgefangenen.

Am Montag abend traf auf dem Pforzheimer Bahnhof der letzte württ. Kriegsgefangene aus Frankreich in Begleitung des bekannten Schweizer Delegierten Rey, der in Pfüllingen wohnt, ein. Es ist der ehemalige Unteroffizier Christof Hohlf aus Hof Dide bei Stammheim, der am 4. 1918 von französischen Gerichten zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er auf einer verbotenen Flucht beim Ausladen von Zucker sich 3 Pfund des mit Mehl vermischtem Zuckerabfalls aneignete. Nun wurde er begnadigt. Von Pforzheim aus brachte ihn ein Privatauto einer Bijouteriefabrik in seine Heim-

ert. Da die meisten
oben, wird, wenn die
süddeutschen Metall-
arbeiten zu seiner Ein-
nähten Montag ab

Jans.

schon früher auf die
der Fremdböse, einer
Krankheit, berichtet.
Prof. Saka in To-
idenden Verjuche für
an die Witwe von
neue Heilwirkung
Tada, wo der „Kon-
graffiert die Fram-
ige Kehnlichkeit mit
ismittel früher ver-
von der „Deutschen
Brieft schreibt, die
Krankheit mit Sal-
sokort. In einem
sich viele Hunderte
a zu empfangen und
igung der Kranken
hon geheilten Schu-
den die Krankheits-
japanischer Schüler
war, wenn Ehrlich
r wenigstens davon

and.

18. Mai 1922.
Vorstellung des auf
t. Volksbühne „Der
Schalepeare gegeben.
in inszeniert; die zu
urden nach Entwür-
Bischnowsky in den
ie Koffime stammen
s; die Bühnenmusik
st. Das künstlerische
Stück erweitert.
Mitglied des Wirt.
se als Gast ver-
beschäftigt die Her-
nger, Paul Wagner,
ibisch und Kade. —

er 1922.

Ernährungs-
Mai ds. Jz. Hotels,
ombitoreien u. dergl.,
s dienen, verpflichtet,
22 in ihren Betrieben
verwenden. Die Ver-
werter, sondern auch
nur solche Gaststät-
Oberämtern ausdrück-
lieber Gaststätten, die
ersonen aus dem In-
Art, die mit Inlands-
schalten werden, diese
nützige Zwecke abzu-
er zahlungssträftigen,
sowie der Touristen-
fen.

der Ortsgruppe
f Feidler, ein
ich, über: „Aufstieg
ollen Ausführungen
en Vertrauen zu den
men tiefen geistigen
in schlimmen Erschei-
g verbürgen, beson-
erwertigen inneren
en hält. Von den
gang gebracht hat,
nden Offizierskorps
mentlich in überzeu-
stes des Hohenzol-
graf Friedrich, dem
edrich II. und Wil-
hrent hat, die ihrer
unendlich überlegen
g danke dem Red-

egsgefangenen,
er Bahnhof der letzte
leitung des bekannten
bohnt, ein. Es ist der
of Dide bei Stamm-
nen zu 5 Jahren Ge-
ner verurteilten Flücht-
t Nachricht vermisstem
digt. Von Porzheim
efabrik in seine Hei-

mat bei Stammheim. Hohl ist 38 Jahre alt, ledig und hat einen Vater mit 77 und eine Mutter mit 70 Jahren. Die Freude bei der Ankunft des Autos war groß, die Szene des Wiedersehens rührend. Hohl sah gesund aus. Seit Juli v. J. war er mit Holz machen beschäftigt. Die Behandlung in Frankreich hatte sich wesentlich gebessert. In Voignon sollen nach seiner Aussage noch 28 deutsche Kriegsgefangene sein, darunter auch ein Karlsruher Sohn.

Zur Wahl des Reichspräsidenten.

Der Verband nationalgesinnter Soldaten hat sich nach einer Mitteilung, die von ihm verbreitet wird, „an die Spitze der Bewegung für die Wahl des neuen Reichspräsidenten gestellt“ und fordert u. a. auch die Kriegervereine zur Mithilfe auf. Der Vorstand des Reichskriegerbundes teilt hierzu mit, daß es sich um ein eigenmächtiges Vorgehen des Verbandes nationalgesinnter Soldaten handelt und er erblickt darin nach dem bisherigen Verhalten dieses Verbandes den unverantwortlichen Versuch, einzelne Kriegervereine in ein politisches Fahrwasser zu lenken. Wie der einzelne Kamerad sich in politischen Dingen betätigen will, ist seine Privatsache. Die Kriegervereine als solche dürfen aber keine Politik treiben. Der Reichskriegerbund warnt daher seine 30 000 Kriegervereine, dem Aufreife des Verbandes nationalgesinnter Soldaten irgendetwas folgen zu lassen.

Mutmaßliche Wetter für Freitag und Samstag.

Der Luftwirbel zieht im Norden vorbei. Im Süden herrscht Hochdruck, aber die Störungen reichen bis zu uns. Am Freitag und Samstag ist vielfach gewittriges, sonst trockenes und mildes Wetter zu erwarten.

Großfeuer.

(S. W.) Heidenheim, 17. Mai. Am Dienstagabend brach kurz nach halb 10 Uhr aus unbekannter Ursache in der Gegend des Portierhauses der Wirt. Cattun-Manufaktur Heidenheim, einem der größten Industriebetriebe der Stadt Feuer aus, das sich infolge eines Gewittersturms über fast alle Teile der Fabrik ausbreitete und ungeheuren, nach Millionen zählenden Schäden anrichtete. Die Weiderrinne und die Feuerwehr suchten den anfänglich kleinen Brand einzuhalten, aber der Gewittersturm trug die Flammen von Gebäude zu Gebäude. Das Feuer griff zunächst über auf die Färberei, in der große Rohstoffmengen und Warenlager vernichtet wurden. Nach 10 Uhr fiel Regen, aber der Sturmwind peitschte die Flammen wieder auf, das Feuer sprang über auf das Kesselhaus und das Elektrizitätshaus jenseits der Straße und auf die östlich der Brenz gelegene Brauerei. Die Motorspritzen von Heidenheim, Aalen und Gmünd leisteten gute Dienste. Erst gegen Mitternacht gelang es, den Brand in seiner Ausdehnung einzudämmen und die anstehenden Holz- und Brennstofflager zu retten. Die Fabrik beschäftigte über 1000 Personen und stellte Baumwolle, Woll- und Seidenstoffe her. Niedergebrannt sind die Druckerei der Manufaktur, die Färberei, die Maschinenanlage mit dem Kesselhaus und die Kauherei.

Zum Metallarbeiterstreik.

(S. W.) Ravensburg, 17. Mai. Bei der Rudolf Geig-Gießerei- und Landmaschinenbau-WG. haben 95 Prozent der Arbeiter die 48-Stundenwoche ab 1. Juni (nicht Juli) unterschrieben anerkannt.

(S. W.) Stuttgart, 17. Mai. Die Lage im Metallarbeiterstreik ist unverändert. Die in Aussicht genommene Funktional-Konferenz der Metallarbeiter in Württemberg wurde mit Rücksicht auf die noch dauernden Verhandlungen in München verschoben. Da sich dort in der Frage der Arbeitszeit noch keine Verständigung erzielen ließ, wurden die Bestimmungen des Manteltarifs durchberaten. — In Eßlingen hat es in den letzten Tagen allerlei Reibungen gegeben, vor der Maschinenfabrik eine regelrechte Schlägerei zwischen arbeitswilligen Meistern, Beamten, Angestellten und den starken Streikposten. Verschiedene Personen wurden erheblich verwundet.

(S. W.) Cannstatt, 17. Mai. Im Oberamtsbezirk Stuttgart-Umt wird nunmehr auch durch Verabreichung kleinster Jodgaben an die Schüler der Kropf bekämpft. Den Eltern wird es freigestellt, ob sie ihre Kinder an den Versuchen teilnehmen lassen wollen. Die Kosten sollen durch die Gemeinden getragen werden.

(S. W.) Oberndorf, 17. Mai. Nachts 11.30 Uhr wurde der 2300 Meter lange Stollen des Redarkraftwerks Aistag bei 1460 Meter

durchschlagen. Die beiden Vortriebe trafen mit großer Genauigkeit zusammen. Die bei Stollen- und Tunneldurchbrüchen üblichen 21 Böllerschüsse verkündeten weithin das frohe Ereignis.

(S. W.) Meckenbeuren, 17. Mai. Bischof Paul Wilhelm von Keppeler hat am Dienstag in Begleitung des Zeremoniars Seibold seine Komreise zum Eucharistischen Weltkongress angetreten. Er fuhr zunächst nach München, wo sich Kardinal von Faulhaber der Reise nach Rom anschließen wird. Die Vorträge auf dem Kongress werden in der Landessprache der Redner gehalten.

(S. W.) Bom Henberg, 16. Mai. Eine Kindergärtnerin vom Erholungsheim auf dem Heuberg stürzte sich über den 100 Meter hohen Schaufelsen hinab. Sie konnte nur als Leiche geborgen werden. — Zwei angeblische Industrielle besuchten einen ehemaligen Kameraden in Stetten a. L. M. Unter Vorpiegelung falscher Tatsachen händigten sie einen gefälschten Scheck von über 35 000 M. aus. Einer der Fälscher wurde in Konstanz bei einem Fahrraddiebstahl überrascht.

(S. W.) Weisheim, O. L. Tutzingen, 17. Mai. Das 7 Jahre alte Töchterchen des Verführers Single ist nach dem Genuß von Wiesenbocksbart unter starken Vergiftungserscheinungen gestorben, obwohl ärztlich Gegenmittel angewendet wurden.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt heute 289,30 M., der Schweizer Franken 55,45 Mark.

Märkte.

(S. W.) Ludwigsburg, 17. Mai. Schweinemarkt. Bei verhältnismäßig schwacher Zufuhr wurden zu hohen Preisen 4 Läufer und 69 Milchschweine abgesetzt. Erstere kosteten 1700 bis 2250 M., letztere 800—1250 M., je das Stück.

(S. W.) Neulingen, 17. Mai. Dem Pferde- und Viehmarkt waren 75 Arbeits- und 10 Herrschaftspferde zugeführt. Die Preise bewegten sich zwischen 18 000 und 60 000 M. Der Handel ging flau. — Auf dem Viehmarkt wurden 35 Ochsen zu 19 000 bis 35 000 M., 25 Kühe zu 15 000—19 000 M., 40 Rinder zu 15 000 bis 34 000 M. und 13 Kälber zu 5000—9000 M. abgesetzt. Auf dem Schweinemarkt, der von 10 Läufer- und 180 Milchschweinen besahren war, wurde lebhaft gehandelt. Milchschweine kosteten 800—1500, Läuferchweine 1600—2400 M.

(S. W.) Gaidorf, 17. Mai. Dem Rind- und Viehmarkt waren rund 100 Stück Rindvieh zugeführt. Kühe kosteten 10 000 bis 28 000, Rinder und Jungvieh bis 35 000 M.

(S. W.) Ellwangen, 17. Mai. Die Zufuhr zum Viehmarkt war in allen Gattungen gut: 3 Farren, 83 Ochsen, 91 Stiere, 195 Kühe, 75 Stück Jungvieh, zusammen 503 Stück. Trotz vieler Händler stodes Geschäft. Kaufsult fehlte wegen Futtermangel. Bei Schlachtvieh gingen die Preise in die Höhe. Nach Zuchtvieh war die Nachfrage gering. Bezahlt wurden für Ochsen mit 25 Ztr. 71 000 M., mit 13 Ztr. 32 000 M., Rind mit 8 Ztr. 22 000, Kalbeln 18—20 000 M. Verkauft wurden 135 Stück.

Die rechtliche Stellung des Beamten.

Am Sonntagabend hielt der Bezirksbeamtenbund Calw seinen 2. öffentlichen Vortragsabend über das Thema: „Die rechtliche Stellung des Beamten“. Der Redner, Staatsanwalt Kapff von Kottweil, gab zu Beginn eine historische Einleitung über das Wesen und den Begriff des Beamtentums speziell in Deutschland. Erst mit der Loslösung der Landesherren von der Reichsgewalt entwickelte sich zunächst ein landesherrlicher Beamtenstand. Die Beamten waren aber damals lediglich die Privatangestellten des Landesherren, der bei der Einfachheit der Verwaltung und bei dem überwiegend geringen Umfang der Territorien die staatlichen Geschäfte häufig in eigener Person besorgte. Das Eindringen des römischen Rechts zu Ende des 15. Jahrhunderts führte zur Einstellung auf höheren Schulen und auf Universitäten vorgebildeten Beamten, die häufig Landfremde waren und deshalb in Gegensatz zu den einheimischen Beamten der Landstände und der allmählich aufkommenden städtischen und kirchlichen Beamten traten. Aber auch hier war die Anstellung der landesherrlichen Beamten noch eine rein privatrechtliche. In dem zwei Jahrhunderte später sich entwickelnden

soj. Polizeistaat nach dem Grundgesetz Ludwig XIV. „L'Etat, c'est moi“ bleibt der Beamte Diener des Landesherrn, in dessen Person die Staatsgewalt aufsteht. Immerhin stammen aus jenen Zeiten die ersten Ansätze des Beamtenrechts. Die moderne Staatsauffassung ist, daß der Staat von dem Willen der Gesamtheit des Volkes gebildet und getragen wird. Der Staat tritt über den Landesherren, und der Landesfürst ist lediglich der erste Diener des Staates; das persönliche Verhältnis zwischen Fürst und Beamten wird gelöst; die Pflichten und Rechte des Beamten regelt nicht mehr der Landesfürst, sondern der Gesamtwille des Volkes. Das privatrechtliche Verhältnis des Beamten wandelt sich in ein öffentlich-rechtliches. Der Beamte wird in seine Stellung berufen, nicht durch einen Privatvertrag, sondern durch einen Amtsakt und ist als Beamter ein staatliches Organ, das die Regierungsgeschäfte nach innen und außen zu besorgen hat. Inhalt seiner Tätigkeit sind Rechtsgewalt und Machtbefugnisse; für etwaigen Schaden, den er anrichtet, haftet der Staat, der wieder seinerseits Regress gegen den Beamten erheben kann.

Diese Grundgedanken beherrschen auch heute noch das Beamtenverhältnis, in welchem durch die Umwandlung der Monarchie in eine Republik nichts geändert wurde. Die Reichsverfassung vom Jahre 1919, welche die Grundlage der Beamtenorganisation für Deutschland festgelegt hat, prägt diese Gedanken in einer Reihe von Artikeln aus. Art. 130 sagt: „Die Beamten sind Diener der Gesamtheit, nicht einer Partei“. Damit ist ein zweifaches ausgedrückt: 1. Die politischen Parteien dürfen bei der Beamtenbesetzung nicht mitwirken. 2. Der Beamte hat sein Amt frei von politischer Beeinflussung auszuüben. Dabei brachte der Redner zur Sprache, daß in Preußen diese Grundsätze für die Besetzung in der Verwaltung anscheinend nicht immer einwandfrei gehandhabt werden. Art. 109 der Reichsverfassung bestimmt, daß alle Deutschen vor dem Gesetze gleich seien. Mit diesem Grundgesetz werde z. Bt. stark operiert, um Frauenspersonen zur Besetzung von Ämtern heranzuziehen. Wenn nach Art. 118 jeder Deutsche das Recht habe, innerhalb den Schranken des Gesetzes seine Meinung frei zu äußern, so stehe dies auch den Beamten zu. Ein Vorkauf mit einem Amtsrichter, der scharfe Kritik an kirchlichen Verhältnissen geübt habe, habe Anlaß gegeben, die Frage zu prüfen, ob derselbe nicht zu weit gegangen sei und hierdurch das Vertrauen einzelner Volksteile auf seine Unparteilichkeit verletzt habe. Diese Frage sei i. E. von dem zuständigen Justizminister mit Recht bejaht worden, wenn er dem bet. Beamten bedeutet habe, entweder zurückhaltender zu sein oder den Staatsdienst zu quittieren.

Sodann ließ sich der Redner über die den Beamten in der Reichsverfassung garantierten, wohlverordneten Rechte aus. Was darunter zu verstehen sei, sei ohne weiteres nicht klar. Preußen habe nun kürzlich ein Gesetz erlassen, durch welches die Zwangspensionierung der Beamten nach Vollendung des 65. Lebensjahres ausgesprochen worden sei. Unter Berufung auf die wohlverordneten Rechte sei aber der preussische Staat auf Schadensersatz verklagt worden und zunächst bei dem Kammergericht Berlin unterlegen. Ein Senat des Reichsgerichts habe sich kürzlich allerdings auf den entgegengesetzten Standpunkt gestellt. Es werde sich nun fragen, ob diese Entscheidung von den vereinigten Senaten des Reichsgerichts aufrecht erhalten werde. Die Reichsverfassung sehe sodann vor, daß Beamtenvertretungen organisiert werden. Diese Bestimmung sei noch nicht in Vollzug gesetzt. Inzwischen haben sich die Beamten zu freien Vereinigungen zusammengeschlossen, um ihre Rechte und Forderungen zu vertreten. 3. Zt. bestehen 5 derartige Spitzenverbände, die z. T. politischen Einschlag haben und sich nicht immer miteinander vertragen. Württemberg habe in der Zwischenzeit ein Beamtenrätegesetz erlassen, nach welchem bei den Zentralbehörden eine Vertretung der Beamenschaft gebildet sei, die in Fragen, welche die Beamenschaft betreffen, anzuhören sei. Das Beamtenrätegesetz sei das Gegenstück zu dem sog. Betriebsrätegesetz für die Industrie. Die Gedanken des Betriebsrätegesetzes passen aber nicht für die Beamtenverhältnisse und dürften daher abzulehnen sein. Von anderer Seite werde die Bildung von Beamtenausschüssen (Beamtenkammern) propagiert. Die Rechte der Beamten seien im übrigen durch die Reichsverfassung noch weiter insofern sichergestellt, als für Aenderung des Reichsrechts eine Zweidrittel-Majorität vorgesehen sei. (Schluß des Berichts folgt.)

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seilmann, Calw. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

Seitliche Kabelian



ohne Kopf
Pfund 12.—
Mark
empfehlen
Pfannkuch & Co.
Ein kleiner, guterhaltener
Werkstattsofen
zu kaufen gesucht.
Näheres
Bahnhofstraße 412 c.

Bruchleiden

Brüche sind heilbar, ohne Operation, ohne schmerz-
hafte Einspritzung. Vollständig ohne Berufsströfung.
Zur Behandlung kommen: Leisten-, Schenkel-, Hoden-,
Nabel- und Bauchbrüche.
Unter spezieller Leitung eines approbierten Arztes.
Wer an der Sprechstunde in Calw teilnehmen will,
teile mir dies bis zum Donnerstag 25. Mai mit. Es
erfolgt sofort die Mitteilung, wo und wann die Sprech-
stunde abgehalten wird. Briefliche Behandlung ausge-
schlossen. Besondere Reisekosten werden nicht berechnet.
Anmeldung ist zu richten an:
Dr. med. H. L. Meyer, pract. Arzt
Hamburg, Schauenburgerstr. 4.
Von mehreren Bruchleidenen, ja selbst von Ärzten
wurde mir gegenüber die Heilung eines Bruches ohne
Operation für Schwundel erklärt. Ich beweiße solchen
Leuten durch die Tatsache, daß mein Bruch binnen 8
Monaten geheilt ist, das Gegenteil. Als 71-jähriger Mann
scheute ich mich eine Operation vornehmen zu lassen. Herr
Dr. Meyer hat mich soweit hergestellt, daß ich ohne Bruch-
band jede Arbeit verrichten kann und daß selbst der schlimmste
Huften der mich seit 4 Wochen plagt, nicht vermag, den
Bruch wieder herauszupressen.
Engelsbach bei Friedrichroda, 11. 1. 22.
H. Hilbrandt, Kantor.



Es duftet die Wäsche
In blütenreiner Pracht
Das hat wohl mein Seifenpulver
Marke Weibertreu gemacht.

WEIBERTREU.
Seifenpulver u. Seife sind in einschlägigen
Geschäften zu haben
Esterhellen Heilbrunn & Co. Seifenfabrik, Heilbrunn a. B.

Gesucht für sofort
ältere Person
zu 2 Kindern
tagsüber.
Von wem, sagt Geschäfts-
stelle dieses Blattes.

Lüchtiger u. bescheidener
Hausbursche
sofort gesucht.
Alte Apotheke Calw

Zur Aufbewahrung
von Möbeln
wird einfaches
Zimmer
oder gute trockene
Kammer
gesucht.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle dieses Blattes.

Bodenteppich
od. **Linoleum**
von auswärts
zu kaufen gesucht.
Angeb. unter W. P. 114
an die Geschäftsst. ds. Bl.

Briefumschläge
Preislisten
erhalten Sie rasch in der
A. Oelschläger'schen
Buchdruckerei Calw.

Wir suchen
zum sofortigen Eintritt
einen kräftigen
jungen Mann.
Kost und Logie im Hause.
Gebr. Schlanderer,
Biergroßhandlung,
Unterreichenbach,
Fernsprecher 2.

Kaufe
alte Gebisse
Zahle pro Zahn bis
30.— Mk. und mehr.
Kaufe auch alte Sachen aus
Gold u. Silber.
Komme selbst nach dort,
Postkarte genügt.
Wolf, Forzheim,
Mittstädter Kirchenweg 12.

Vorauszahlung auf die Umsatzsteuer.

Nach der Novelle zum Umsatzsteuergesetz vom 24. Dezember 1919 (R. G. Bl. 1922 S. 373) haben die Steuerpflichtigen innerhalb eines Monats nach Ablauf jedes Kalendervierteljahrs — erstmals alsbald für das Vierteljahr Januar bis März 1922 — eine Voranmeldung über die steuerpflichtigen Umsätze des abgelaufenen Vierteljahres abzugeben und gleichzeitig eine diesem Umsatz entsprechende Vorauszahlung zu leisten. (Vordrucke für die Voranmeldung werden nicht ausgegeben.) Der Steuerfuß beträgt 2 v. H.

Ist diese Vorauszahlung nicht bis zum Ablauf des ersten Monats nach dem Kalendervierteljahr geleistet, so ist sie gemäß § 104 der Reichsabgabenordnung mit 5 v. H. zu verzinsen.

Die Voranmeldungen sind bei dem Ortssteueramt abzugeben, wohin auch die Vorauszahlungen zu leisten sind.

Hirsau, den 13. Mai 1922.

Finanzamt
Boelter.

Bekanntmachung

betr. die

Einkommensteuer-Vorauszahlung auf 15. Mai 1922.

Nach § 42 Abs. 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung vom 20. Dezember 1921 sind am 15. Februar, 15. Mai 1922 usw. auf die Steuer-schuld des Kalenderjahres 1922 Vorauszahlungen in Höhe von je einem Viertel der zuletzt festgestellten Steuer-schuld zu entrichten. Der Steuerbescheid für 1920 enthält einen Hinweis nur auf das am 15. Februar 1922 zu entrichtende letzte Viertel der vorläufigen Einkommensteuer für 1921, das als erste Vorauszahlung auf die Steuer-schuld des Kalenderjahres 1922 gilt.

Die nächste Vorauszahlung für 1922 wird am 15. Mai 1922 fällig und ist, da der Steuerbescheid für 1921 noch nicht in den Händen der Steuerpflichtigen ist, in Höhe eines Viertels der mit dem Steuerbescheid für 1920 angeforderten Jahres-Einkommensteuer an die Finanzkasse bzw. an das betreffende Ortssteueramt zu entrichten.

Lohn- und Gehaltsempfänger, die dem Steuerabzug vom Arbeitslohn unterliegen, sind von der Vorauszahlung befreit.

Hirsau, den 13. Mai 1922.

Finanzamt
Boelter.

Öffentliche Aufforderung

zur Abgabe der für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezbr. 1921 verwendeten Steuerkarten und Markenblätter.

Dieserjenigen Arbeitnehmer, welche ihrer Verpflichtung zur Ablieferung der Steuerkarten und Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkleben und Entwerfen von Steuermarken verwendet worden sind, bis heute nicht nachgekommen sind, werden hiemit wiederholt aufgefordert, diese Marken an das Ortssteueramt ihres Wohnorts innerhalb der nächsten 8 Tage abzuliefern. Die Einlieferung kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung durch Geldstrafen erzwungen werden. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Ueber den Nennbetrag der eingelieferten Steuermarken erteilt die Finanzkasse, bzw. das Ortssteueramt eine Quittung.

Hirsau, den 17. Mai 1922.

Finanzamt
Boelter.

Wolfszuchtthündin,
2 Jähr., auß. wachsam, 1 jungen
Wolfszuchtthund
10 Woch. alt, infolge Futtermangel billig zu verkaufen.
Wo. lag die Gesch. ds. Bl.



Wohnungstausch.
Schöne 5 Zimmerwohnung mit Bad erste Lage in Ludwigsburg gegen 6 Zimmerwohnung in Calw zu tauschen gesucht eventl. Kauf eines Einfamilienhauses im Tausch m. obiger Wohnung
Angebote unter A. 114 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Was ist Gustin?

Gustin ist ein sehr feiner Speisestärke-Puder, der in keiner Küche fehlen darf, um Milch, Früchte, Suppen, Saucen, Gemüse, Fette usw. sämig zu machen oder zu verdicken.

Mit Gustin bereitet man
Puddings, Cremes, Suppen, Saucen, Kuchen, Torten, Milch- u. Frucht-Flammeris, - Idealé Kinderspeisen, - Krankenspeisen aller Art.

Ein Versuch wird jede Hausfrau befriedigen.

Rezepte umsonst in den meisten Geschäften. Wenn nicht zu haben, schreibe man eine Postkarte an

Dr. A. Oetker,
Bielefeld.

Bezirkswohltätigkeitsverein Calw.

Die Ausstellung von Arbeiten der Teilnehmerinnen unserer Kurse findet
am Sonntag, den 21. Mai 1922
von 11 Uhr bis 6 Uhr

am Montag, den 22. Mai 1922
von 10 Uhr bis 4 Uhr

im Georgenäumssaale statt.

Die Eröffnung wird durch eine kleine Feier um 11 Uhr eingeleitet.

Eintritt frei für jedermann aus Stadt und Land. Zur Deckung unserer Unkosten sind zwecks Entgegennahme freiwilliger Gaben Sammelbüchsen aufgestellt.

Der Vorstand:
Dehan Jeller. Oberamtmann Gös.
Stadtschultheiß Göhner.

Freie Schuhmacherinnung Calw und Umgebung.

Einladung
zur Innungs-Versammlung,
nächsten Sonntag, 21. ds. Mts., mittags 1 Uhr
im Gasthaus zum „Lamm“ in Altburg.

Vollzähliges Erscheinen erwartet
der Ausschuß.

Bezirks-Fischereiberein Calw.

Am Sonntag, den 21. Mai 1922 macht der Verein einen
Ausflug nach Calmbach

zur Besichtigung der Fischzuchtanlagen der Herren Rich. Dann u. Rob. Speidel das., wozu die verehrlichen Mitglieder mit Angehörigen, nebst Freunden des Vereins höflichst eingeladen sind.

Abgang Morgens 7 Uhr vom Bahnhof Hirsau aus. Zusammentreffen mit weiteren Mitgliedern etwa 9 Uhr morgens im Gasthof zum „Waldhorn“ in Naislach.

Vorstand: W. Decker.

Glänzt im Nu
Schuhputz
Pilo
Erhält die Schuh

Motorradhupe

verloren in der Gegend Böblingen — Althengstett — Pforzheim.
Der Finder wolle dieselbe gegen Belohnung abgeben im
Musikhaus Sattler,
Pforzheim
Westliche 30.

Wasserglas

geruchlos zu haben bei
K. Hauber.

Pfannkuch & Co.

Eingetroffen
Zapfs
Heinens und
Breisgauer

Mostansatz

in Portionen zu 50,
100 und 150 Liter

Etters Fruchtsaft

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Gute Kartoffeln

hat zu verkaufen
Magnus Binder,
Ruppingen.

Auf Wunsch können dieselben ins Haus geliefert werden.

Bohnenstangen

hat zu verkaufen,
wer sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Ottenbronn. Ein fast noch neues Fahrrad

hat zu verkaufen.
Gottlieb Bullinger.

Anzusehen abends von 6 bis 8 Uhr.

Guterhaltenes Damen- Fahrrad

zu kaufen gesucht.
Gefl. Angebote unter W. A. 114 an die Gesch. ds. Bl.

Selbständigen, tüchtigen Schuhmacher

für sofort gesucht.
Frau Fischer, Witwe,
Schuhgeschäft Calw,
Badstraße.

Die glückliche Geburt einer
gesunden Tochter zeigen in großer
Freude an
Eduard Zahn und Frau Irene
geb. Schüz.
Calw, 17. Mai 1922.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. Mai 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Löwen“ in Hirsau freundlichst einzuladen

Oskar Proß,
Sohn des † Joh. Proß, Gipfermeister in Hirsau.
Maria Wagner,
Tochter des Lok.-Führer Aug. Wagner in Bödingen.

Kirchgang um 1 Uhr in Hirsau.

Alzenberg—Weltenschwann. Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde u. Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. Mai 1922 stattfindenden

Hochzeitsfeier

in das Gasthaus zum „Hirsch“ in Altburg freundlichst einzuladen.

Friedrich Auer,
Sohn des Friedrich Auer, Landwirt in Alzenberg.
Dorothea Weber,
Tochter des Mich. Weber, Fuhrmann in Weltenschwann.

Kirchgang um 1/2 12 Uhr in Altburg.
Wir bitten dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Beinberg—Ottenbronn.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Samstag, den 20. Mai 1922, stattfindenden

Hochzeitsfeier

im „Gasthaus zum Röhle“ in Beinberg freundlichst einzuladen.

Gustav Dittus
Sohn des Bäckers Johannes Dittus in Ottenbronn.
Christine Luz
Tochter des Michael Luz in Beinberg.

Kirchgang um 12 Uhr in Liebenzell.

Gras-Mähmaschinen

mit und ohne Handablage, 3 1/2, 4 und 4 1/2 Schnittbreite mit Leischnittbalken, für Kuh- und Pferdezug,

Gabelheuwender und Rechen

liefert sofort ab Fabrik in neuester Ausführung billigt, ebendasselbst

Dreschmaschinen mitu. ohne Steinschrot- und Backmehlmühlen, Futter- schneidmaschinen für Hand- und Kraftbetrieb und Sauchepumpen

Maschinenfabrik Karl Traub
Pforzheim-Dillweissenstein.